

# Saale-Beitung.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bestimmen die Zeile 75 Pfg. Erhalten wöchentlich postfrei; Sonntags und Montags einmal, sonst gewöhnlich täglich. [Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

**Bezugspreis**  
Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Aufstellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Freitag-Berichtsblatt unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.  
Erscheinenszeiten von 10<sup>1/2</sup> bis 12<sup>1/2</sup> Uhr.  
[Verleger: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 174.]

Nr. 105. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 3. März 1904.

## Parlamentarische Wortschereien.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird es in diesem Jahre sowohl im Reich wie in Preußen je eines Notgesetzes bedürfen, um die Regierung in die Lage zu bringen, auch nach dem 31. März, dem Ablauf des Etatsjahres, zu erhalten. Weder der Reichstag noch der Landtag dürften in der Lage sein, die Haushaltspläne, die gegenwärtig ihrer Beratung unterliegen, so rechtzeitig zu erledigen, daß sie am 1. April in Kraft treten können, und so wird demnach zum ersten Male seit langen Jahren der Fall eintreten, daß beide Parlamente hinsichtlich ihrer hauptsächlichsten Aufgabe verlegen. Im preussischen Landtage sind derzeitige Notgesetze nichts Neues; seine meist späte Einberufung in Verbindung mit dem Umfange, den zwei ihrem inneren Wesen nach grundverändernde Korporationen ihr Ja und Amen zu dem Etat geben müssen, bevor er in verfassungsmäßiger Wirksamkeit tritt, bereitet einer rechtzeitigen Beschlußfassung von vornherein gewisse Schwierigkeiten. Immerhin aber sind diese keineswegs derart, daß sie bei einigen guten Willen nicht zu überwinden wären. Beschränkte man sich in der Generaldebatte nur auf die Erörterung derjenigen Dinge, die mit dem Etat in unmittelbarem Zusammenhang stehen und hielte man sich bei der Spezialberatung streng im Rahmen der einzelnen Positionen, dann gelänge es dem Abgeordnetenrat, nicht nur seine Aufgabe rechtzeitig zu erfüllen, sondern es behielte auch noch genügend Zeit zur Erörterung anderer Fragen, und das Herrenhaus hätte nicht nötig, den Haushaltsplan in einer Weise durchzuweisen, die häufig den schlagenden Beweis für die Wichtigkeit der Ansicht liefert, daß die erste Kammer überhaupt kaum noch irgendwelche Existenzberechtigung besitzt.

Leider macht sich aber die Sucht, durch reichliche Leistungen zu glänzen oder sonstige irgend eine Rolle im parlamentarischen Leben zu spielen, mit jeder neuen Session mehr bemerkbar. Immer weniger wird lediglich um der Sache willen, um aufzufahren oder zu überzeugen, das Wort ergreifen; meist sind es Neben, die hinsichtlich ihrer agitatorischen Wirkung, ihres Eindrucks auf bestimmte Interessen oder auf das Volk überhaupt sorgfältig berechnet sind, und da Rede Gegenrede erzeugt, die eine Partei der anderen nicht nachsehen will in ihrer „Energie und „Ahnrigkeit“, so werden die langatmigen Debatten, an denen innerhalb des Parlaments kaum irgend jemand, außerhalb aber nur ganz eng begrenzte Kreise Gefallen finden, zur Regel, die knappen sachlichen Auseinandersetzungen, deren Effekt meist ungleich nachhaltiger ist, aber zur Ausnahme.

Besonders marant tritt das heute im Reichstage hervor, der eigentlich ein Mißbilligungsvotum vom Volke verdient, weil er den Etat nicht rechtzeitig zu Stande bringt. Was dort in den letzten Wochen alles zusammengeordnet worden ist, überfließt nahezu jeden Vortrag; hart und kraus wählte sich der Redaktor dahin und ihm ist es aus Konte zu sehen, wenn man heute im Lande draußen an den Verhandlungen nur ganz vorübergehend noch Interesse nimmt. Was alles hat z. B. der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, anhören müssen, ehe er seinen Etat in zweifacher Sitzung bewilligt erhielt. Wahrscheinlich, auch wenn er nicht der rühmteste und initiativreichste unter allen Ministern wäre, sein Gehalt hätte er reichlich schon mit der Vertretung seines Etats verdient. Voller fünfzehn Sitzungen benötigte der Reichstag, um sich darüber einig zu werden, ob der Etat des Reichsamts zu bewilligen sei oder nicht, und was in diesen Sitzungen alles berührt wurde, ohne jedoch erledigt und gefaßt zu werden, es genigte allein schon, eine volle Reichstagsession von außerordentlichem Umfange auszufüllen, wollte man die gesetzgeberischen Konsequenzen daraus ziehen. Da waren es die Verhinderung der drei Verordnungsgegenseite, die Unfallversicherung, die Verkürzung der Feiertage, die Berufsvereinfachungen und die gesundheitsdienlichen Betriebe, die ausgiebigen Stoff zu langatmigen Erörterungen liefern mußten, die Seminarbeiterfrage und die Handwerkerfrage mit dem Verbilligungsantrags wechselten in dunter Folge mit der Mißbilligung der Berufsvereine, der Versicherung der Diensthelfer, dem Grummitschauer Streit, dem Kartellwesen und der Rollenfrage ab, um Neben über das Vereins- und Berufungsrecht, die Stimmpolitik, die Lage der Handarbeiter, die Beteiligung der Frauen an der Politik, über den Verzicht auf Geheimmitteln, über die Diätenlosigkeit, das Fleischsteuergesetz, das Vorkaufverbot, die Viehzucht und Seuchengefahr, über die Hypothekfrage, Natur- und Kunststoffe, Feuerbehaltung und Beamtenwohnungen und Tugend andere Dinge noch quollen mit dem unauflöslichen Fluß aus dem Munde der Reichsboten, daß man es schließlich auch den Ministern kaum noch verargen kann, wenn sie vor lauter Worten nicht zu Atem kommen. Sprunghaft bewegte sich die Debatte von einem Thema zum andern, vorwärts bald und bald rückwärts, und oft waren es die entlegensten Gebiete, zu deren Erörterung der Etat des Reichsamts des Innern die Gelegenheit bieten mußte. Dabei waren die zahlreichen Resolutionen, die zu diesem Etat eingebracht worden sind, vorläufig aus der Beratung ausgeschlossen, und wer weiß, ob der Staatssekretär des Reichsjustizamts, der gegenwärtig den Verrichten hat, den Redaktoren des Reichstags überlassen werden lassen, heute schon dieses Vorzugs teilhaftig zu werden, wenn die ursprüngliche Absicht, die Resolutionen zu dem Etat zu beraten, verwirklicht worden wäre.

Und beim Justizetat wiederholte sich das grausame Spiel: aufs neue mußte der Reichstag eine ganze Sitzung der Mißbilligung opfern, und dann kamen uns launen noch in endloser Reihe Resolutionen über die Feinmachten, Maßnahmen gegen den Automobilsport und zum Schutze der Bauhandwerker, die Behandlung politischer Gefangener, und was dazwischen fragte mehr sind. Was Wunder, wenn der Sitzungsaal mit jedem Tage leerer wird, wenn das Gespöhl der Beschlußunfähigkeit permanent über dem Hause droht und das Mißvergnügen über die Wortschereien, über die nutzlose Vergeudung so viel kostbarer Zeit in weiten Kreisen wächst. Reichliche Überlegung und weise Mäßigung sind es also längst nicht mehr, die in unseren Parlamenten die Verhandlungen regieren, und deshalb das allmähliche Gerabinken des Niveau, auf dem diese Verhandlungen stehen, deshalb der Niedergang des deutschen Parlamentarismus im allgemeinen. Die Männer, die mit Ernst und Würde ihres Mandats waliteten, die sich der Pflichten und Verantwortung, welche sie vor dem ganzen Lande mit diesem Mandate übernahmen, bewußt sind, sterben allmählich aus, und an ihre Stelle treten Leute, bei denen entweder politischer Fanatismus oder aber Interessenjagd oder persönlicher Ehrgeiz alles Handeln bestimmt. Und das ist der Krebsknoten unseres Parlaments. Nicht Geist und Verstand führen dort die Herrschaft, sondern die Pedanterie, die Phrasen und die Jungenfertigkeit. Fürst Bismarck soll einmal offen bekannt haben, Politik ist ein Stadtvorordneter getrieben zu haben; ganz sicher hat er damit den Stadtvorordneten nicht zu nahe treten wollen, aber er wollte mit dieser Aeußerung darauf hinweisen, daß im politischen Leben keine Fragen, wie sie die kommunalen Körperschaften zu beschäftigen pflegen, und von diesen meist recht eingehend debattiert werden, in den Hintergrund zu treten haben hinter den großen Gesichtspunkten, von denen aus Politik betrieben werden will und betrieben werden soll, wenn man von ihr Früchte erhofft. Letzte der Altmeister heute noch und könnte er Zeuge sein, wie sich das Epigonentum im Reichstage breit macht, fürnähr, er würde diesen Auspruch wiederholen. Es ist in der Tat, in obigem Sinne verstanden, Stadtvorordneter-Politik, die dort getrieben wird. Und das muß aufhören.

## Der Krieg in Ostasien.

Die beiden letzten Tage sind für die Besatzung von Port Arthur und die im dortigen Hafen liegenden russischen Flotte ruhig verlaufen. Von dem japanischen Geschwader war nichts zu hören und zu sehen, eine Tatsache, die in der Hauptsache wohl auf den herrschenden bestigen Sturm zurückzuführen ist. Auch an das letzte Gefecht von Port Arthur, über dessen Ausgang am Dienstag gemeldet wurde, daß es den Russen den Verlust von drei Schiffen brachte, will man neuerdings nicht recht glauben. Anstellige Meldungen liegen darüber nicht vor und auch die verschiedenen Kriegskorrespondenten wissen keinerlei Einzelheiten über ein derartiges Gefecht zu berichten. Die Blätter stellen nur fest, daß in Port Arthur Garnison und Schiffe immer in Erwartung eines Angriffes seitens der Japaner stehen. Diese Kampfbereitschaft aber ist so selbstverständlich, daß sie eigentlich kaum noch der besonderen Betonung bedarf.

### Ueber die Lage in Port Arthur

berichtet ein aus französischer Quelle stammendes Privatteleogramm, daß die Russen dort genötigt waren, in Ruben in der chinesischen Bevölkerung zu unterdrücken, General Stoffel verweigerte den Chinesen die Entlassung, in ihren Gedanken den Hafen zu verlassen. Der russischen Handelskajüten wurde gestattet, ihre Geschäfte nach Chharbin zu verlegen. Das Flottilienkommando braucht Raum für Unterbringung der Truppenzüge aus Chharbin, die bestimmt sind, im Falle einer japanischen Landung einzugreifen. Das japanische Transportschiff „Jinlan Maru“ liegt fast seiner Vernichtung am 25. Februar bei Golden Hill, das Transportschiff „Wuhu Maru“ bei dem Leuchtturm unweit des veränderten russischen Torpedolagers. Die Kommunikation der Behörden in Port Arthur mit Wuiden und Chharbin ist nicht geklärt. Die Unruhen der chinesischen Bevölkerung sind anscheinend nicht in letzter Linie mit veranlaßt durch die immer offensichtlicher werdende Tatsache, daß

### China rüstet.

well die Gefahr, daß es in den russisch-japanischen Krieg nicht verwickelt werden könnte, immer bedrohlicher wird. Aus russischer Quelle wird die Nachricht einer chinesischen militärischen Tätigkeit in Schilf halboffiziell bestätigt. Verschiedliche Truppenkonzentrationen finden an der Grenze statt. Nach einer Durchsicht des Budgets werden Geld und Truppen unaufhörlich nach Korea expediert. Die Hauptartillerie und Artilleriebrigaden arbeiten Tag und Nacht. Der Viehweg leidet die Mobilisation in Manquin und jetzt das Danang-Geschwader auf Kriegsfuß.

### Die Operationen an Lande

würden vollständig durch eine Verwundung Chinas in den Krieg für die Russen erheblich komplizierter werden, da diese dann in ihrer Aktionsfähigkeit Japan gegenüber nicht uneingeschränkt bedrängt würden. Einstweilen beobachten sie noch immer eine abwartende Haltung, doch wird einer Meldung des „Daily Express“ aus Kobe zufolge ein Treffen zwischen Japanern und Russen in der Nachbarschaft des Yalu Rändlich

erwartet. Die japanischen Truppen dringen vorwärts. Die japanische Operationstaktik wurde von Tschingun nordwärts nach Hwangpichu (zwischen Haidchu und Hsichun) vorzugesetzt, wo eine starke Streitmacht japanischer Infanterie gelandet ist.

### Bildung russischer Freiwilligenkorps.

Ans Wladiwostok meldet die „Russische Telegraphen-Agentur“ vom 2. d. M.: Auf Veranlassung zweier verabschiedeter Offiziere und zweier Direktoren der chinesischen Bank ist hier ein britisches Freiwilligenkorps in der Bildung begriffen, das direkt dem Kommandanten der Stellung unterstellt wird. Die Freiwilligen machen sich selbst beritten und sorgen für ihre Ausrüstung und Bewaffnung. Viele dem gebildeten Ständen angehörende Personen, wie Beamte, Kaufleute, Advokaten treten in das Korps ein. Viele Einwohner verließen die Stadt. Das in Seoul beheimatete Schiff „Wittik“ ist hier eingetroffen. Das Schiff hatte am 9. Februar Anagast verlassen, war von den Japanern gefaßt und von zwei Kreuzschiffen zurückgeführt worden. In einer fünfminütigen Nacht gelang es dem Schiff, zu fliehen. Die aus Ostasien gemeldet wird, haben sich dort 700 Freiwillige, darunter viele Reserveoffiziere eingeschrieben. An Ritschikowgorod hat der inaktive General Gubitsch dem Stadtparlament vorgeschlagen, zum Zwecke des Freiheitskrieges eine Freischar von 1000 Einwohnern der Stadt zu bilden.

### Seitige Meldungen.

Der japanische Dampfer „Wingo Maru“ verließ vor gestern mit 5000 Tonnen Kohlen für Japan an Bord die englischen Gewässer. Die Offiziere erklärten, das Schiff werde auf See einen anderen Anker erhalten und so für die Russen unentdeckt gemacht werden, daselbst werde auch nicht durch den Seesignal, sondern über den Atlantischen Ozean gehen.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personennachrichten.

Der Kaiser begab sich gestern vormittag in Wilhelmshafen von dem Kaiserlich-Kaiser Wilhelm II., wo er übernachtet hatte, zur See, wo auf dem „Griechen-Schwaben“ u. a. die elektrische Kabinenübertragung besichtigt wurde. Um 11 Uhr vormittags besichtigte der Kaiser das Speisehaus der Werft und begab sich dann am Bord des „Linienschiffes Kaiser Wilhelm II.“ zurück, das bald nach 1 Uhr nach Helgoland in See ging. Der Vizegouverneur „Friedrich Karl“ und zwei Torpedoboote folgten.

Aus Helgoland wird von 4 Uhr nachmittags gemeldet: Bei starkem Sturm und sehr hohen Seeungen kommt das Kaiserliche Linienschiff „Kaiser Wilhelm II.“ mit den Besatzungsmitgliedern in Sicht; da eine Landung unmöglich ist, fahren die Schiffe um die Insel und nehmen ihren Kurs auf die Weiler zu.

Aus Anhalt bei am 26. Febr. erfolgten Ablebens des am 9. Jan. 1900 geborenen Prinzen Heinrich Viktor Ludwig Friedrich, Sohn des Prinzen Heinrich von Preußen, hat der Großherzogliche Hof in Weimar die Konditionen der neun älteren Prinzen der Monarchie angedeutet, den Beschlüssen ihres Amtsbezirks anzugehen, dieses traurige Ereignis im nächsten Hauptgottesdienste von den Königen in der höchsten Weise bekannt zu machen.

Der „Domstädter Bld.“ zufolge ist der Großherzog von Hessen a la suite des I. Seebatalions gestellt worden.

### Aus Deutsch-Südwestafrika.

Die „Köln. Bld.“ bringt ein Telegramm ihres Gesandtschaftsleiters aus Oujto vom 13. Februar, welches von Swakopmund am 1. März abgetelegraphiert worden ist. Außer den bereits bekannten Totzahlen wird u. a. in demselben angeführt, daß die Hereros bei dem Angriff an die Wasserquelle Ojontawa zwei Hauptlinge und einen Großmann, der als Führer des Aufstandes in der dortigen Gegend galt, verloren haben. Im ganzen haben sie 26 Tote. In Swakopmund befinden sich noch 200 Flüchtlinge. Die Besatzung der Reservationsstation wird durch vermindert. Mit den eingezogenen 60 Mann Truppen sind im ganzen 100 wehrfähige Männer vorhanden. Auch die Bewohner von Otavi hat man nach Swakopmund gebracht, welches verhängt worden ist. Unter den Verden, deren Zahl gering ist, kommen einzelne Sterbefälle vor.

Nach einem gestern in Berlin eingegangenen Telegramm des Gouverneurs Luetwilt in der „Freie Welt“ Febr. aus Swakopmund, Kreis Jansbeek, bei einer Melodienziehung gehalten.

Beider ist von Gouverneur Luetwilt gestern folgendes Telegramm eingegangen: Major v. Gortz meldet, daß auf dem Gefechtsfeld vom 25. Februar (siehe Telegramm vom 28. Februar) vom Felde 50 Tote gefunden wurden. An Großbilden wurden 800 Stück (nicht 500) erbeutet.

Der Kaiser erließ, wie aus Berlin gemeldet wird, die Nachricht von dem Gefecht der Kolonne des Majors v. Gortz am 25. Februar unmittelbar vor dem Beginn der Truppenrückzüge in der St. Nikolaistraße. Als er nach Beendigung der Feiler die Ehrenkompagnie des Seebatalions abgeteilt hatte, rief er die Offiziere an sich heran, um ihnen die Mitteilung von dem schweren, aber siegreichen Gefechte zu machen. Zur bleibenden Erinnerung an den Tag stellte der Kaiser die Verleihung eines Fahnenbandes nach der Mädel des Seebatalions aus Südwestafrika in Aussicht.

Der Abgang der Feldposten nach Deutsch-Südwestafrika ist für den Monat März vollständig losgemacht worden. Eine außerordentliche Feldpost geht am 3. März nach 12 Uhr von Berlin ab. In Berlin ab. Am 3. März im Flughafen mittels des „Doermann-Dampfer“, wo dieser ausnahmsweise entlastet und einen Nachverdienst von Viechen ermöglicht.

Eine zweite außerordentliche Sessio...  
am 12. März abends. Ein Boemann-Dampfer...  
am 18. März abends. Ein regelmäßig...  
am 23. März abends. Die Sessio...  
am 28. März abends. Die Sessio...  
am 30. März abends. Die Sessio...

### Die Kanalvorlage abermals verlegt.

Die Einbringung der Kanalvorlage, die, wie wir schon in unsern vorerwähnten Artikel erwähnten, am gestrigen Mittwoch im Abgeordnetenhaus erörtert wurde, hat abermals eine Verzögerung erfahren, und zwar bis nach der Osterpause. Diesen neuesten Entschluß der Regierung begründete im Abgeordnetenhaus bei Beginn der gestrigen Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichstagsminister Vudde durch folgende Erklärung:

Zur Befreiung der Ungewißheit über den Zeitpunkt, wann die in der Vorrede angelegten landwirtschaftlichen Vorlagen im Landtage einbringen werden, habe ich in einem Schreiben an die Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die landwirtschaftlichen Vorlagen müssen: abgeben von einem Gehehrentour, betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Brandenburg und im Spandauer Gebiet des Provinz Sachsen, sowie dem Entwurfe eines allgemeinen Gesetzes über die Verhütung des Ueberschwemmungsgefahrts der Hochflüsse, und der Berechnung der Unterhaltungen aus Anlaß des vorerwähnten Hochwasser:

1. einen Gehehrentour, betreffend die Regelung der Hochwasser-Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder;
  2. einen Gehehrentour, betreffend die Verminderung der Hochwassergefahren und die Verbesserung der Vorflut an der unteren Oder, Havel und Spree; und
  3. einen Gehehrentour, betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wasserwegen.
- Die beiden letzten Gehehrentouren werden in einigen Tagen fertiggestellt sein und sollten dann noch der ursprünglichen Absicht der königlichen Staatsregierung dem Landtage unverzüglich vorgelegt werden. Nach neuerer Erwägung wird die königliche Staatsregierung aber die vorerwähnte Vorlage abgeben, weil der zu erwählende, noch der Begründung durch den schlesischen Provinziallandtag unterliegende und deshalb noch nicht abgeschlossene Gehehrentour über die Hochflüsse, Deich- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder mit dem Entwurfe über die Regelung der unteren Oder in engem Zusammenhang steht und eine gleichzeitige Darstellung und Beratung beider Gehehrentouren eine unzulässige Unterbrechung der dringlichen Sitzungsarbeiten vermeiden würde, und eine Verzögerung in der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Vorlagen durch deren Einbringung erst nach der Osterpause ausbleiben nicht einzutreten wird.
- Es bedarf kaum der Erwähnung, daß diese Erklärung von der Regierung angenommen wurde. Ist die Möglichkeit, die ganze Vorlage zu erledigen, nun doch noch geringer geworden, die Ansicht, die eigentliche Kanalvorlage aber noch weiter zurückstellen zu können, um so größer.

### Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages begann gestern die Beratung des Maximalansatzes bei den fortwährenden Ausgaben. Dem Kap. 45, III. 1 (Gehalt des Staatssekretärs 30,000 Mk. etc.), der auch einen Gehaltszuschuß für 4 Sekretäre als Departementsdirektoren zu je 4500 Mk. enthält, erklärte der Minister für v. Bülowe (Str.) die Schöpfung neuer Departements, nämlich eines Konstruktions- und eines Fortifikations-Departements, und empfahl Erhöhung der Gehälter mehrerer 4000 Mk. Dagegen vertrat der Korreferent Graf Crotta (nl.) und der Staatssekretär von Tschirch die Widerspruchungen und die Vermeidung als im Interesse des Reiches liegend und zur Fortentwicklung unserer Flottenwesens unentbehrlich. Abg. v. Oberer (Str.) sprach an der Hand der Budgetkommission über die Fortführung der Marineverwaltung im Jahre 1902, um den Antrag zu motivieren:

„Den Reichstagsler zu erlauben, dem Reichstage in der Uebereinstimmung über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben der Marineverwaltung eine einseitige Nachweisung anzugeben zu lassen, in welcher die Arbeiterzahl und der Arbeitslohn im Vergleich mit der einseitigen Nachweisung der Arbeiterzahl und des Arbeitslohn in den Betrieben der Marineverwaltung im Jahre 1902, um den Antrag zu motivieren:“

Eine Diskussion über die Denkschrift wurde verlegt. Ein Verordnungsminister des Abg. v. Kardorff (Str.), der ein neues Departement einbringen wollte, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Sozialisten und der Ministerien abgelehnt, danach mit der gleichen Mehrheit die ganze Mehrforderung von 4000 Mk. dem Antrag v. Bülowe entsprechend, gestrichelt. Ebenso wurde im Titel 2 eine Mehrforderung von 5400 Mk. für einen Hilfsarbeiter gestrichelt. Dieser Erziehung gemäß wurde weiterhin ein Hilfsarbeiter wieder eingestellt. Die übrigen Titel vom Kap. 45 wurden genehmigt.

### Preussischer Landtag.

(Eigenbericht der „Sonder-Ztg.“)

### Wegerechtsausbau.

31. Sitzung vom 2. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Vudde u. o. Das Haus ist gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Minister der öffentlichen Arbeiten Vudde das Wort zur Abgabe der Uebereinstimmung über die Kanalvorlage.

### Die zweite Beratung des Gesets der Bauverwaltung.

Die zweite Beratung des Gesets der Bauverwaltung wird fortgesetzt bei den dauernden Ausgaben Titel „Gehalt des Ministerrats“.

Dieser liegen mehrere Anträge auf Neuregelung des Submissionswesens vor, und zwar:

1. ein Antrag Reichs (son.) u. Gen., die Staatsregierung zu erlauben, eine Neuregelung des Submissionswesens nach der Weise vorzunehmen, daß jene Mindestbedingungen nicht ausschließlich der Zuschlag erteilt werde, die Arbeiten und Leistungen möglichst nicht an Generalunternehmer, sondern in getrennten Losen vergeben, auch angemessene Ausschreibungsrisiken imgebhalten werden.

2. ein Antrag Dr. v. Arnim (Str.) u. Gen., die Staatsregierung zu erlauben, eine Neuregelung des Submissionswesens nach der Richtung vorzunehmen, daß 1. dem Mindestbedingungen nur dann der Zuschlag erteilt wird, wenn er in Bezug auf Verlässlichkeit und in Bezug auf die Erfüllung seiner Verpflichtungen namentlich auch gegen die Arbeiter und Handwerker sichergestellt ist, und sein Gehalt angemessen ist; 2. die Arbeiter und Handwerker in getrennten Losen an Unternehmer oder Unternehmerverbände vergeben, auch angemessene Ausschreibungsrisiken imgebhalten werden; 3. bei der Vergabung nach Möglichkeit die ursprünglichen Handwerker und Unternehmer berücksichtigt werden.

Abg. Reichs (son.) begründet den konservative Antrag, Man dürfe das Submissionswesen nicht begründen, sondern muß auch den kleinen Gewerbetreibenden die Möglichkeit geben, sich an Submissionen zu beteiligen. Der Antrag enthält rechte Mittelstandspolitik. Er beantragt, denselben der Kommission für Handel und Gewerbe zur Vorbereitung zu überweisen.

Abg. v. Arnim (Str.) erklärt, die Uebernahme des Submissionswesens ist ein wichtiger Schritt, der die kleinen Gewerbetreibenden die Möglichkeit geben, sich an Submissionen zu beteiligen. Der Antrag enthält rechte Mittelstandspolitik. Er beantragt, denselben der Kommission für Handel und Gewerbe zur Vorbereitung zu überweisen.

Unterstaatssekretär Reichs erwidert, es sei im vorigen Jahre ein Gehehrentour ausgearbeitet worden, der den meisten Forderungen der jetzt gestellten Vorlage Rechnung trage. Dieser Entwurf habe den Handwerks- und Gewerbetreibenden vorgelesen und werde jetzt den Provinzialparlamenten vorgelegt. Die Entschlüsse seien noch nicht vollständig eingelaufen. Mit einer Ueberwindung der Anträge an eine Kommission sei er einverstanden, die Regelung könne dort alle gewünschte Klärung geben.

Abg. Wolff-Lissa (Str.) meint, solche allgemeinen Bestimmungen hätten im allgemeinen wenig Zweck. Es komme hauptsächlich auf die praktische Durchführung an.

Abg. v. Arnim (Str.) im einzelnen unverständlich, steht den Anträgen unparteiisch gegenüber.

Ein Vorschlag des Abg. Reichs (son.) ist, daß jetzt schon die mittleren und kleineren Handwerker bei künftigen Submissionen besonders berücksichtigt werden.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt in Nr. 2 des Antrages die Ueberweisung, daß die Frist zu besserer werden soll, daß die Arbeit nach Möglichkeit in der geschäftlichen Zeit erledigt werden soll; ferner die Anträge über die Ueberweisung, wonach Arbeiter solcher Unternehmer unberücksichtigt zu lassen sind, welche Löhne zahlen und Arbeitsbedingungen stellen, die hinter den in ihrem Gewerbe üblichen Löhnen oder Arbeitsbedingungen zurückbleiben.

Abg. Dr. v. Arnim (Str.) bemerkt, der Antrag Reichs sei seinen Freunden, weil er sich in der Sache nicht einverstanden mit dem Geist und Sinn des Submissionswesens. Der Antrag sei auch gar nicht geeignet, einen wirksamen Schutz der Handwerker herbeizuführen. Dagegen könne der freierorientierte Antrag in allen drei Punkten auf unbedingte Billigung der Nationalliberalen rechnen. Dem Antrag Reichs werde er natürlich auch zustimmen, wenn es nicht verfinde, daß er nicht auskommen könnte.

Abg. v. Arnim (Str.) bemerkt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.

Abg. v. Arnim (Str.) beantragt, der Antrag Reichs sei in gleicher Weise im Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gestellt. Daß die Regierung bei Submissionen immer den Mindestforderungen den Zuschlag erteile, ist nicht richtig.





Handel, Gewerbe und Verkehr.

Dikonto-Gesellschaft in Berlin. Der Bruttogewinn einschließlich 437,347 Mark Vortrag stellt sich auf 20,707,077 Mark (19,156,787 Mk.) ...

Zahlungs-Einstellung.

Table with columns: Namen, Wohnort, Amts-gemeinde, Zahl-Termin, Zahl-Tage, Zahl-Frist, Zahl-Frist, Zahl-Frist.

Preise von Kall-Kuxen.

Table with columns: Gold Brief, Hohenseil, Gold Brief, Hohenseil, etc.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse usw.

New York, 2. März. [Telegr.] Roter Winterweizen loco 108 (90% Notierung 105), März (-), Mai 102 1/2 (101 1/2), Juli 91 (97 1/2), September 90 1/2, Mais Mai 60 1/2 (60 1/4), Juli 58 1/2 (59 1/4), Sept. (-), Mehl 4 25 (4 25), Getreidefracht 3/8 (1/2) ...

Ölsaat, Oel, Fettwaren.

New York, 2. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 7 75 (8,00), do. Rolle und Brothurs 7 75 (7,75). Chicago, 2. März. [Telegr.] Schmalz Mai 7 47 (7,45), Juli 7 65 (7,55) ...

Spiritus.

Nordhausen, 2. März. Branntwein 45 % Vol. für 130 kg ohne Fass ab Brennerei 90,50 71,50 desgl. 40 Vol. % 62,50-64,50 M.

Kaffee.

Hamburg, 2. März. Kaffee behauptet. Umsatz 200 T. Sack. Hamburg, 2. März. Kaffee 6 Uhr. Kaffee good average Santos per März 33,50 Gd., Mai 34,00 Gd., Sept. 33,25 Gd., Dez. 36,00 Gd. Ruhig.

Zucker.

London, 2. März. Zucker 96% Raffinierter loco 84 1/2 d. Verkäufer, Rüben-Rohzucker loco 8 sh. 1 1/2 d. Wert, still.

Metalle.

London, 2. März. Kupfer 80% Lestr. 3 Monate 50 1/4 Lestr. Glasgow, 2. März. Vorn 11 Uhr 5 Min. Rohzinn. Mixed numbers warrens träge, 51 sh. 6 d. Verkäufer. Mittelsborough 42 sh. 4 1/2 d.

Wolle. Baumwolle.

Bremen, 2. März. Baumwolle matt. Upland middling loco 7 3/4 Fig. Ruhig. Liverpool, 2. März. Baumwolle. Umsatz 10,000 B. davon für Spekulation und Export 500 B. Tendenz: stetig.

Viehmärkte.

Berlin, 2. März. Sächsischer Schweinefleischmarkt. Zum Verkauf standen 450 Rinder, 2250 Kälber, 707 Schafe, 14,000 Gänse. Bezahlt wurden für 100 Rinder 100, für 100 Kälber 100, für 100 Schafe 100, für 100 Gänse 100.

1) junge fleischige, nicht angestriemte und ältere angestriemte ... 2) missig genährte junge und gut genährte ältere ... 3) missig genährte ältere ...

Schleppschiffahrt auf der Elbe.

Mitgliedern der Hafen- und Lagerhaus-A.G. in Akon a. E. Akon a. E., 2. März. Elbkan. Nr. 107, Strm. Jaenicke und Nr. 105, Strm. Brüning, sind heute hier eingetroffen.

Berliner Börse, 2. März.

Table with columns: Nordd. Elwerke, Nordd. Lederpap., Nordd. Wolllanncn, etc.

Deutsche Eisen-Prior-Oblig.

Table with columns: Halle-Heilstadt, Ostpreuss. Südbahn, etc.

Deutsche Eisen-St. Prior.

Table with columns: Eisen-Prior-Oblig., Eisen-Obi-St. Prior., etc.

Industrie-Aktien.

Table with columns: A.G. d. Anilinfabr., Adm.-Gefäbr., Alfeld-German., etc.

Table with columns: Saale und Unstrut, Fall Wechs., etc.

Moldau, Isar, Eger, Elbe.

Table with columns: Budweis, Prag, Jungbunzl., Laus., etc.

Bergwerke u. Hütten-Ges.

Table with columns: Apierke, Ardenberg Bergw., Baroper Walzwerk, etc.

Oblig. v. Industrie-Bergw.-Ges.

Table with columns: Arcumut, Besse & Co., Bismarck, etc.

Bank Aktien.

Table with columns: Bank d. Berl. Kassenv., Berg-Mark B. u. Elbf., Berliner Hyp.-Bank, etc.

Leipziger Börse, 1. März.

Table with columns: 3 Sächs. Rent.-Anl., do., do., 3/4 Staatsanl. 1855, etc.